

ZWISCHEN VISION UND WIRKLICHKEIT

**Die Wahrnehmung der Zeitenwende
in der deutschen Bevölkerung**

**Tobias Spöri
Jan Eichhorn**

Veröffentlicht im September 2024

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Deutschland

Diese Veröffentlichung ist auf der Projektwebsite als PDF verfügbar und steht unter einer Creative-Commons-Lizenz, die das Kopieren und Verteilen der Veröffentlichung in ihrer Gesamtheit erlaubt, sofern sie d|part zugeschrieben wird und für nicht-kommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke verwendet wird. Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht separat von der Veröffentlichung verwendet werden.

Diese Studie zur deutschen Außenpolitik im Kontext der Zeitenwende bietet ein umfassendes Bild über die entsprechende öffentliche Wahrnehmung in Deutschland. Dabei werden unter anderem die Unterschiede zwischen der allgemeinen Öffentlichkeit und einer in außenpolitischen Fragen engagierten Öffentlichkeit herausgearbeitet. Letztere setzen sich vielfach beruflich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen auseinander oder haben zumindest ein dezidiertes Interesse daran.

Dieses kurze Briefing fasst das Studiendesign und die zentralen Ergebnisse zusammen. Die gesamte Studie steht auf unserer Website zur Verfügung: www.dpart.org

STUDIENDESIGN IM ÜBERBLICK

Zentrale Methode

Zwölf Fokusgruppen in acht Städten in Deutschland zwischen dem 1. März und dem 30. April 2024.

Sechs Gruppen mit der allgemeinen Bevölkerung in Stuttgart, Hamburg, München, Magdeburg, Berlin (Umland) und Düsseldorf. Die Gruppen waren im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz durchmischelt und wurden im Auftrag von d|part rekrutiert.

Sechs Gruppen einer engagierten Öffentlichkeit in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland in Stuttgart, Hamburg, München, Berlin, Düsseldorf. Die Teilnehmenden wurden mittels Selbstrekrutierung ausgewählt.

Ergänzende Methode

Sechs teilnehmende Beobachtungen der öffentlichen Diskussionsreihe „Zeitenwende vor deiner Haustür“ der „Aktionswerkstatt Zeitenwende“ der DGAP in Stuttgart, Neumünster, München, Magdeburg, Waren (Müritze) und Düsseldorf zwischen dem 1. März und dem 30. April 2024.

Repräsentative Umfrage der allgemeinen Bevölkerung in acht EU Mitgliedsstaaten zwischen dem 10. April und dem 2. Mai 2024, bei der in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Polen, Rumänien und Schweden insgesamt 10644 Personen befragt wurden. In Deutschland waren es 2344.

ZENTRALE ERGEBNISSE

Viel Unwissen und vage Vorstellungen von der Zeitenwende

Außen- und Sicherheitspolitik erscheint für viele Menschen in der Bevölkerung als abstrakt und sehr fern von der eigenen Lebensrealität.

Bei der von Olaf Scholz im Februar 2022 ausgerufenen Zeitenwende besteht in der Bevölkerung viel Unwissen und oft nur vage Vorstellungen darüber, worum es bei dem Begriff konkret geht.

Viele Teilnehmende der engagierten Öffentlichkeit führen dies auf die als unzureichend empfundene Kommunikation der Zeitenwende zurück. Dies betrifft sowohl die Erklärung der strategischen Ziele als auch die Einbindung der Bevölkerung in diesen Prozess.

Pessimismus, Krisenmüdigkeit und politisches Misstrauen als Hürden (der Kommunikation) der Zeitenwende

Insgesamt prägt eine pessimistische Stimmung in Deutschland, die von Kriegen, Unsicherheit und vor allem ökonomischen Sorgen gekennzeichnet ist, die Wahrnehmung der geopolitischen Herausforderungen im Kontext der Zeitenwende. Im Mittelpunkt stehen dabei Sorgen um Frieden und Sicherheit sowie die von vielen Teilnehmenden geäußerte Auffassung, dass Deutschland auf der internationalen Bühne – sowohl außenpolitisch als auch ökonomisch – zunehmend eine weniger relevante Rolle einnehme.

Für die allgemeine Bevölkerung wird der Begriff „Zeitenwende“ oft eher als allgemeine Beschreibung der zahlreichen Krisen der letzten Jahre verstanden.

Es herrscht ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber der Fähigkeit der Regierung, eine derart tiefgreifende Wende tatsächlich umsetzen zu können. Dieses Misstrauen wird durch eine allgemeine Krisenmüdigkeit und Unzufriedenheit mit dem bisherigen Krisenmanagement verstärkt.

Aufgrund der vergangenen Vielfachkrisen und des mehrfach als negativ bewerteten Krisenmanagements sind viele Menschen skeptisch, ob Deutschland in der Lage sei, die Zeitenwende zu bewerkstelligen und international wieder eine bedeutendere Rolle zu spielen.

Engagierte Öffentlichkeit fordert eine aktivere und strategischere Außenpolitik

Im Gegensatz dazu fordert die große Mehrheit der engagierten Öffentlichkeit eine strategischere und eindeutigeren Haltung Deutschlands in Bezug auf die großen außen- und sicherheitspolitischen Themen.

Dabei wird insbesondere die mangelnde Handlungsfähigkeit und ein fehlender Handlungswille Deutschlands und der EU kritisiert. Konkret werden die fehlenden strukturellen und militärischen Kapazitäten sowie die unklare und wenig geeinte Position der EU in außenpolitischen Fragen bemängelt.

Sie fordern eine wesentlich aktivere Rolle Deutschlands auf der internationalen Bühne und betrachten die im Zuge der Zeitenwende angestrebte Neuausrichtung der Bundeswehr sowie eine energischeren und stärkeren Außenpolitik als überfällig. Dies gilt insbesondere im Umgang mit der Ukraine, Russland und der Volksrepublik China.

Geringer Konsens bei zentralen außen- und sicherheitspolitischen Themen in der Bevölkerung

Bei zentralen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik stellt sich in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen aufgrund des breiten Meinungsbildes weniger Konsens als bei den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit heraus.

Es war beispielsweise in beiden Gruppen mehrheitsfähig, dass Deutschland eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Partner*innen, insbesondere in Europa, verfolgen sollte. Ein außenpolitischer Sonderweg Deutschlands wurde dabei jedoch mehrheitlich nur in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit abgelehnt.

Beide Gruppen erkennen auch die Bedeutung des Schutzes der Demokratie und der Freiheit in der deutschen Außenpolitik an.

Bei der Frage der Ausrichtung der deutschen Außenpolitik plädierten auch nur die Gruppen der engagierten Öffentlichkeit mehrheitlich für eine aktivere Rolle Deutschlands, insbesondere in Bezug auf eine stärkere Unterstützung der Ukraine.

In den allgemeinen Bevölkerungsgruppen wurde eine passivere Außenpolitik zwar überwiegend abgelehnt, eine aktivere Unterstützung der Ukraine löste aber gemischte Reaktionen aus, bei denen vor allem Ängste vor militärischen Eskalationen angeführt wurden.

Diese Ambivalenz in den Ansichten der allgemeinen Bevölkerung zeigt sich auch im Beispiel der Handelsbeziehungen mit autoritären Staaten wie China und Russland. Einige befürworteten den wirtschaftlichen Nutzen oder die Notwendigkeit sol-

cher Beziehungen, während andere vor den Risiken einer zu großen Abhängigkeit warnten.

In den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit wurde dabei mit Nachdruck auf mehrere geökonomischen Risiken und die Notwendigkeit eines „De-Risking“ der deutschen und europäischen Handelsbeziehungen hingewiesen.

Die Bevölkerung betrachtet außenpolitische Herausforderungen nicht isoliert von der Innenpolitik und Problemen in Deutschland

Eine große Diskrepanz zwischen der allgemeinen Bevölkerung und der engagierten Öffentlichkeit zeichnet sich im Kontext der Zeitenwende besonders in der Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Innen- und Außenpolitik ab, insbesondere hinsichtlich der Sorgen und Ängste der Bevölkerung.

Die Teilnehmenden der Gruppen der engagierten Öffentlichkeit priorisierten außen- und sicherheitspolitische Themen und forderten im Gegensatz zur allgemeinen Bevölkerung mehrfach mehr Investitionen in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Zugleich kritisierten sie explizit die aus ihrer Sicht in der Bevölkerung sehr verbreitete Vermischung von innen- und außenpolitischen Themen. Es wurde sinngemäß kritisiert, dass die neue geopolitische Realität noch nicht ausreichend in der breiten Bevölkerung angekommen sei.

Für viele Teilnehmenden der allgemeinen Bevölkerungsgruppen bestand in der Tat keine klare Trennung zwischen Außen- und Innenpolitik. Aufgrund der vielfach wahrgenommenen Missstände und innenpolitischen Probleme in Deutschland wurde eine aktivere und finanziell aufwändigere Außenpolitik wiederholt infrage gestellt und im Vergleich zu direkten Investitionen in die Bildung oder die öffentliche Infrastruktur in Deutschland als weniger prioritär angesehen.

Gründe für die bisher geringe Resonanz der Zeitenwende in der Bevölkerung

Die Gründe dafür, warum das Ausrufen der Zeitenwende durch Bundeskanzler Scholz bei vielen Menschen in Deutschland entweder grundsätzlich bisher wenig Resonanz gefunden hat oder viele einer weitreichenden Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik kritisch oder skeptisch gegenüberstehen, sind vielfältig.

Einerseits resultieren diese Gründe aus der Kombination weit verbreiteter Sorgen, großer Unsicherheit und vielfältiger Krisenerfahrungen in der Bevölkerung, gepaart mit starkem Misstrauen gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen, denen oft die Umsetzung großer und umfassender Veränderungen nicht zugetraut werden.

Andererseits hat die Kommunikation der Zeitenwende ihr Ziel in Bezug auf die Vermittlung ihrer Bedeutung verfehlt, unter anderem deswegen, weil der Großteil der Menschen nicht nur in einer rein außenpolitisch geprägten Logik über die Zeitenwende denkt.

Der für viele Menschen bestehende Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik im öffentlichen Diskurs muss daher ernsthaft berücksichtigt und kommunikativ stärker aufgegriffen werden.

Ein reines Erklären und Begründen davon, warum gewisse außenpolitische Maßnahmen und Schritte gesetzt werden müssen, reicht nicht aus, um viele Menschen von der Notwendigkeit bzw. Priorität dieser zu überzeugen.

Vertreter*innen der engagierten Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger*innen sollten deshalb stärker hinterfragen, ob sie mehr Anstrengungen unternehmen sollten, um die Ansichten der breiteren Bevölkerung besser zu verstehen und so einen konstruktiveren Dialog führen zu können.

AUTOREN

Tobias Spöri

Dr. Tobias Spöri ist Senior Research Fellow bei d|part. Neben seiner Tätigkeit bei d|part lehrt er am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Er studierte Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und der Universität Wien. Seinen PhD erhielt er von der Universität Wien und war unter anderem Research Fellow am Institut für Höhere Studien in Wien sowie am German Marshall Fund of the United States.

Jan Eichhorn

Dr. Jan Eichhorn ist Mitgründer, Partner und Forschungsdirektor von d|part. Neben seiner Tätigkeit bei d|part ist er auch Dozent (Senior Lecturer) für Sozialpolitik an der University of Edinburgh. Er hat einen Bachelor in Integrated Social Sciences von der Jacobs University Bremen und einen PhD in Soziologie von der University of Edinburgh.

Über uns

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank in Berlin. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Forschung und Förderung unterschiedlicher Formen politischer Teilhabe.

Mit unserer Forschung wollen wir zu einer demokratischen Gesellschaft beitragen, in der alle Menschen ihre Meinung äußern sowie an politischen Prozessen teilnehmen und diese mitgestalten können. Daher ist es unser Ziel, politisches Engagement besser zu verstehen, zu stärken und zu fördern. Ein grundlegendes Verständnis dafür, wie sich die öffentliche Meinung zu gesellschaftspolitischen Fragen positioniert und worauf diese Positionen basieren, ist dabei besonders wichtig.

Wir arbeiten mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise, um neue Erkenntnisse zu gewinnen, die politische und gesellschaftliche Debatten informieren und aktiv an verschiedene Zielgruppen zu vermitteln. Zu diesen Zielgruppen zählen staatliche Institutionen, Politiker*innen und politische Parteien ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen, die Medien und die öffentliche Verwaltung. Besonders wichtig ist uns der Austausch mit sozialen Gruppen, die von der Politik sonst seltener oder schwieriger erreicht werden.

Kontakt

d|part Forschung für politische Partizipation

www.dpart.org
info@dpart.org

Skalitzer Str. 33
10999 Berlin